

Junge Menschen
auf Hackerbrücke
in München

Der Generationen- knebel



Robert Haas / Sz Photo / picture alliance

SOZIALSTAAT Dem Rentensystem droht die Überlastung, die Abgaben steigen ungebremst. Das trifft vor allem die Jüngeren. Es gibt kluge Lösungen, doch jede Regierung verschleppt nötige Reformen aufs Neue.

Manchmal denkt Wolfgang Gründinger, es wäre vielleicht doch an der Zeit, dass mal wieder jemand einen Sarg vor den Bundestag trägt. So wie im Januar 2001, als Aktivisten der »Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen« zum Parlament in Berlin zogen. Auf Schildern stand, was sie damals symbolisch zu Grabe trugen: die »gerechte Rente für zukünftige Generationen«.

Gründinger war damals 16 Jahre alt. Er ging noch zur Schule und war beim Protestzug mit dem Sarg nicht dabei, aber schon damals engagierte er sich bei der Stiftung. Später wurde er Vorstand und Sprecher der Organisation, die sich als eine Art Lobby für junge Menschen versteht.

Er gehörte damals zu den wenigen hörbaren jüngeren Stimmen in der Rentendebatte. Er schrieb Zeitungsbeiträge und stritt mit Politikern in Talkshows um eine nachhaltigere Politik. »Ich gönne wirklich allen ihre Rente. Das System muss nur auch noch für alle funktionieren«, so sieht Gründinger das noch heute.

2009 hat er ein Buch geschrieben, in dem es darum ging, wie ein »Aufstand der Jungen« und ein »Krieg der Generationen« noch zu verhindern sei. 2016 folgte – der Titel schon etwas frustrierter – eine Streitschrift gegen die deutsche »Alte-Säcke-Politik«.

Zuletzt war von Gründinger weniger zu hören in dieser Frage, genau wie von den Jüngeren insgesamt. Anfang August einigte sich die Bundesregierung darauf, die Renten in den kommenden Jahren weiter so kräftig wie die Löhne steigen zu lassen. Das Gesetz muss noch durch den Bundestag.

Es regte sich kaum Widerstand, auch wenn absehbar ist, dass die Jüngeren zusätzliche Milliardenlasten schultern müssen, auch wenn sie nicht wissen können, ob sie selbst eines Tages ähnlich versorgt sein werden – oder ob das Rentensystem bis dahin nicht mehr funktionstüchtig ist. Die Junge Union ärgerte sich ein wenig pflichtschuldig, Schwarz-Rot beschneide die finanziellen Spielräume kommender Generationen. Niemand zog lärmend durch das Regierungsviertel.

Rentengerechtigkeit? Die Jungen haben anderes im Kopf, womöglich noch Wichtiges. Frust und Resignation spielten eine Rolle, glaubt Gründinger. Dazu kämen die anderen Sorgen Themen: Kriege, die Klimaerhitzung, der Kampf gegen den Rechtspopulismus.

Auch Gründinger beackert heute lieber ein anderes Thema. Er konzentriert sich auf den Kampf für saubere Energie. Er arbeitet als Solarlobbyist in Berlin.

Gründinger ist jetzt 41 Jahre alt, nicht mehr jung im klassischen Sinn, sondern nur im Vergleich zu einer stark alternden Bevölkerung. Das mittlere Alter von Wählern ist in den vergangenen Jahren auf 54 Jahre gestiegen, das Durchschnittsalter der Mitglieder von SPD und Union sogar auf über 60. Gründinger sieht das ganz nüchtern: Die Bundesregierung verteile weiter freizügig Geld über die Rentenkasse, »das wir eigentlich schon lange nicht

mehr haben. Wir verpennen wieder unsere Zukunft.«

Jahrzehnte verschleppter Reformen haben dazu geführt, dass bald sehr spürbar werden wird, was es heißt, wenn die Bevölkerung altert. Vor allem die Jungen werden das merken: Die Beiträge zur Rentenversicherung werden steigen, damit die Älteren vergleichsweise auskömmlich abgesichert sind. Erst ein wenig über 20 Prozent, bis zum Jahr 2043 weiter auf 22 Prozent. Auch die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und der gesetzlichen Pflegeversicherung kennen nur eine Richtung: nach oben.

Die Sozialabgaben dürften binnen 20 Jahren die 50-Prozent-Marke überschreiten, hat Martin Werding von der Ruhr-Universität Bochum berechnet, der auch Mitglied der sogenannten Wirtschaftsweisen ist. Im Jahr 2080 drohen sogar 58,4 Prozent. Die Belastung für die Jüngeren wächst dramatisch. Während der Geburtsjahrgang 1940 über das gesamte Berufsleben gerechnet im Schnitt 34 Prozent Sozialabgaben auf seinen Bruttolohn zahlte, dürften es für den Jahrgang 1980 bereits 44 Prozent werden. 2020 geborene Kinder müssen mit 55,6 Prozent rechnen – das aktuelle Rentenpaket noch nicht eingerechnet.

Diese Unwucht ist so groß, dass sie dem deutschen Konzept eines Generationenvertrags zuwiderläuft. Dessen Idee war, dass die arbeitende Bevölkerung für Kinder und Rentner sorgt und im Gegenzug auf die eigene Absicherung im Ruhestand vertrauen kann. Derzeit erinnere das System »eher an einen Knebelvertrag«, findet der Wirtschaftsweisen Werding.

Der Generationenvertrag braucht zwar formal keine Zustimmung der Betroffenen. Dennoch müsste er »schon annähernd so ausgestaltet sein, dass er für die junge Generation akzeptabel wäre«, wie Werding sagt. Das sei lange schon nicht mehr der Fall. Der Staat zwingt junge Menschen in ein System, das sie meiden würden, könnten sie frei entscheiden. Das Prinzip laute: Friss oder stirb.

Ökonom Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fordert inzwischen, den Generationenvertrag ganz neu aufzusetzen (siehe Interview auf Seite 57). Die Bundesregierung erweckt indes nicht den Eindruck, als entwickle sie allzu großen Ehr-

geiz. Sie hat einen »Herbst der Reformen« angekündigt, zunächst aber die Entscheidung ausgelagert: Sie will eine Expertenkommission einberufen. Noch bevor die überhaupt besetzt ist, schafft die schwarz-rote Koalition neue Fakten und verschärft das Problem durch weitere Ausgabenposten.

Die CSU hat die Ausweitung der Mütterrente durchgesetzt, zum Preis von fünf Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr. Der SPD wiederum war wichtig, dass das Niveau der gesetzlichen Rente bis mindestens 2031 nicht unter die Haltelinie von 48 Prozent sinken darf. Jede Dämpfung des Rentenanstiegs wird damit ausgesetzt. Die Regierung rechnet dafür mit zusätzlich nötigen Bundesmitteln in Höhe von insgesamt 24 Milliarden Euro. Hält die Politik auch über 2031 hinaus an einem festen Rentenniveau fest, könnte der dafür nötige Steuerzuschuss im ungünstigsten Szenario bis 2060 auf 353 Milliarden Euro steigen, das wären dann sieben Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung.

Bundessozialministerin und SPD-Co-Chefin Bärbel Bas spricht von einer »klaren Botschaft an alle Generationen: Die Rente bleibt stabil und gerecht«. In Wahrheit betreibt die SPD unter dem Etikett Stabilitätssicherung seit Jahren Umverteilungspolitik von Jung zu Alt. Das funktioniert auch, weil die Begriffe in der Rentendiskussion so verwirrend sind.

Beispiel gefällig? Der Begriff »Haltelinie« erweckt den falschen Eindruck, es drohe ein Absturz der Renten. Das Rentenniveau ist ein statistischer Wert, den kaum jemand versteht und der – verkürzt erklärt – das Verhältnis der Renten zu den durchschnittlichen Löhnen ausdrückt. In Wahrheit garantiert das fixierte Rentenniveau von 48 Prozent also eine stete und starke Anhebung der Renten: Sie wachsen so stark wie die Löhne. Das setzt das System unter Druck, weil zugleich auch mehr Menschen länger Rente beziehen.

Ursprünglich sollte das Sicherungsniveau langsam sinken, wenn die Gesellschaft stark altert. Die Renten könnten dann immer noch steigen, aber das Plus würde kleiner ausfallen. Das sollte die Jüngeren entlasten. Doch dieser Nachhaltigkeitsfaktor bleibt ausgesetzt.

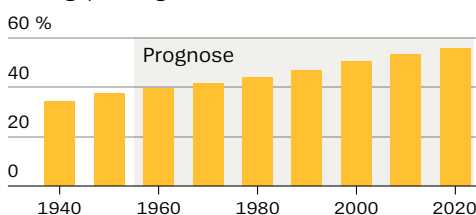
Die Flickschusterei bei der Rente hat Tradition. Sie stand schon Pate, als das heutige Rentensystem 1957 aus der Taufe gehoben wurde. Die deutsche Rentenversicherung hatte im Zweiten Weltkrieg ihren Kapitalstock verloren, auch die Staatskasse war leer.

Um trotzdem Millionen Rentner aus bitterer Armut zu holen, wurde das sogenannte Umlagesystem eingeführt. Die Rentenzahlungen eines Jahres werden seitdem im Kern durch die Beitragszahlungen der Beschäftigten finanziert. Dummerweise hat sich die Rente nicht nur zu einem Umlagesystem für Beiträge, sondern auch für politische Verantwortung entwickelt.

Dabei sind die Zahlen eindeutig: Bei seiner Entstehung versorgte die Rente sieben Millionen Rentnerinnen und Rentner, heute sind es 21 Millionen, Tendenz stark steigend. Die

Immer mehr Abgaben

Durchschnittliche Sozialversicherungsbeiträge* in der Erwerbsphase, nach Geburtsjahr, in % beitragspflichtiger Einnahmen



* Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung (GKV), sozialen Pflegeversicherung (SPV) und Arbeitslosenversicherung. Angaben für GKV und SPV inkl. durchschnittlicher Zusatzbeiträge bzw. Beitragszuschläge und -abschläge nach Kinderzahl

Quelle: Wissenschaftliches Institut der PKV

durchschnittliche Rentenbezugsdauer hat sich seitdem von 10 auf über 20 Jahre verdoppelt.

Heute starten die Deutschen zwar im Schnitt später in den Ruhestand als noch in den Neunzigern (siehe Grafik auf Seite 59). Das liegt daran, dass das gesetzliche Rentenalter inzwischen angehoben wurde und im Jahr 2031 bei 67 Jahren liegen soll. Es war die erste Erhöhung seit dem Jahr 1916. Allerdings: So lange wie heute arbeiteten die Menschen auch in den Sechzigerjahren schon einmal.

Axel Börsch-Supan, 70, ist Rentenexperte und Direktor des Münchner Zentrums für die Ökonomie des Alterns. Der Ökonom warnt seit drei Jahrzehnten vor dem Heraufziehen des demografischen Wandels. Börsch-Supan kann erklären, warum Deutschlands Rentensystem relativ reibungslos durch die vergangenen Jahre gekommen ist. Der Anteil der Alten stieg zwar, ebenso die Anzahl der Rentner. Weil aber seit 2005 fast in jedem Jahr auch die Zahl der Beschäftigten kletterte, stieg auch die Zahl der Beitragszahler. Die Wirtschaft wuchs, weil immer mehr Menschen in Lohn und Brot kamen. Unter ihnen waren auch viele Zugewanderte.

Das hat dem Land eine Art Atempause bei der demografischen Last verschafft. Die Rentenbeiträge blieben trügerisch niedrig. Doch diese Zeiten sind vorbei, so Börsch-Supan. Er rechnet vor: In den kommenden zehn Jahren dürften etwa vier Millionen Menschen mehr in Rente gehen als jüngere Arbeitnehmer nachrücken. Die Rentenausgaben müssten dann langsamer wachsen, um die Beitragszahler nicht zu überlasten.

»Leider folgt auch diese Bundesregierung genau der gegenteiligen Logik«, ärgert sich Börsch-Supan. Das Rentensystem nähert sich einem »Kippunkt«, warnt Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU). Sie ist die Einzige in der Regierung, die das ausspricht. Was wäre zu tun? Börsch-Supan schlägt konkrete Schritte gegen die drohende Rentenkrise vor. Er will den Nachhaltigkeitsfaktor zurück, mit sinkendem Rentenniveau. Die Renten würden dann langsamer steigen. Die Haltelinie von 48 Prozent sollte nur für das einkommensschwächste Viertel der Rentner gelten, um Altersarmut zu verhindern.

Auch die »Rente mit 63« braucht eine Reform. Nur ein Drittel der Bezieher war tatsächlich durch harte körperliche Arbeit belastet, so eine DIW-Studie. Die viel beschworenen Dachdecker, die es zu schützen galt, schafften es gar nicht so weit. Sie hatten sich schon früher die Knochen auf dem Bau zerschunden.

Und dann wäre da noch die Debatte über eine höhere gesetzliche Altersgrenze. Börsch-Supan ist auch mit seiner 2:1-Formel bekannt geworden, in manchen Kreisen ist er ihretwegen sogar verhasst. Seine Idee: Bei einem Jahr längerer Lebenserwartung sollten Menschen im Mittel acht Monate länger arbeiten und vier Monate länger Rente beziehen.

Paradoxerweise regen sich darüber meist jene auf, die der Vorschlag nicht mehr betrifft: die Älteren. Für alle Jahrgänge bis 1964 blieb die Rente mit spätestens 67. Der Jahrgang



Johannes Arit / Jari

»Vielen ist nicht bewusst, dass ihre gesetzliche Rente nicht reichen wird.«

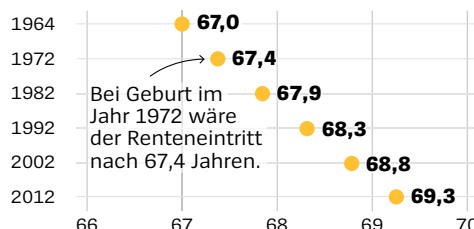
Hava Misimi, Finanzbloggerin

1984 hingegen müsste ein knappes Jahr mehr arbeiten. Erst mit 68 Jahren und rund 10 Monaten hingegen wäre für alle Schluss, die 2002 geboren wurden (siehe Grafik unten).

Die Koalition könnte auch mehr Arbeitsmarktreserven mobilisieren: Schulabbrecher integrieren, ukrainische Abschlüsse schneller anerkennen und Vollzeitarbeit für Frauen und Ältere fördern. »Das ist machbar«, sagt Börsch-Supan und verweist auf Skandinavien als Vorbild. Würde Deutschland dem schwedischen Modell folgen und der Anteil der Teilzeitarbeitskräfte deutlich sinken, könnte Deutschland 6,7 Millionen zusätzliche Vollzeitkräfte gewinnen. Für ein Umsteuern sei es eigentlich nie zu spät, sagt der Experte, »es wird nur schwieriger und teurer.«

Länger leben, länger schuften

Gesetzliches Renteneintrittsalter, wenn es an die Lebenserwartung gekoppelt wäre, nach Geburtsjahr*



* Aufteilung eines weiteren Jahres an Lebenserwartung zu zwei Dritteln auf eine längere Erwerbsphase und zu einem Drittel auf eine längere Rentenphase (2:1-Formel).

Quelle: Sachverständigenrat

Eine Schlüsselrolle könnte dabei Friedrich Merz zukommen. Der heutige Bundeskanzler vertrat früher radikale Reformideen. Er hatte auch für die Rente mit 70 plädiert. Von diesen Positionen will er längst nichts mehr wissen. Ältere Wähler sind da empfindlich.

Die Probleme des Rentensystems sind seit Langem bekannt. Selbst die Lösungen, die auf dem Tisch liegen, haben eine Vorgeschichte. Börsch-Supans 2:1-Regel ist auch im Jahr 2025 jederzeit für einen Shitstorm gut. Der Ökonom hat sie 2007 entwickelt. Sie wäre ein guter Ansatz, um alle Generationen an den demografischen Lasten zu beteiligen.

Hava Misimi, 31, ist enttäuscht, wie ausdauernd die Politik das Thema vor sich herschiebt. Überrascht ist sie nicht: Sie kennt das von manchen ihrer Kunden. Misimi ist Finanzbloggerin, sie hat Wirtschaftswissenschaften studiert und eine Ausbildung zur Versicherungsfachfrau gemacht. Mit ihrem Team verkauft sie private Altersvorsorgeprodukte und gibt Kurse zum Sparen und Anlegen.

Misimi spricht über die Menschen, die zu ihr kommen: Viele kümmern sich bald nach dem Start in den Job um ihre private Altersvorsorge. »Von der gesetzlichen Rente erwarten die nicht viel«, sagt Misimi. Lösen die Jungen das Problem ihrer Altersvorsorge also selbst? Ist die Generation Z womöglich also eine Generation ETF, weil sie verstanden hat, dass sie auf sich gestellt ist?

Das sei nur ein Teil der Wahrheit, sagt Misimi. Es stimme zwar, viele Jüngere hätten weniger Berührungsängste mit Investments und auch Altersvorsorgeprodukten. »Viele Akademikerinnen kommen gleich nach dem Berufseinstieg auf mich zu. Die wissen, dass sie etwas tun müssen«, sagt Misimi. Den anderen Teil ihrer Zielgruppe erreicht Misimi hauptsächlich über Instagram – ein schwieriges Terrain für Altersvorsorge-Themen. Dort dominieren hippe Longevity-Trends wie gesunde Ernährung oder Kältekammern. Finanzielle Absicherung im Alter gehört nicht dazu.

»Das ist ein unangenehmes Thema, und viele schieben es lieber auf«, erklärt Misimi. Altersvorsorge erfordert zunächst eine ehrliche Bestandsaufnahme der eigenen Finanzen. »Das kann schmerzhaft sein«, sagt sie, »denn es führt zur Frage, worauf man für die Vorsorge verzichten muss.«

Umfragen belegen: Junge Menschen fühlen sich von der Politik bei der Altersvorsorge alleingelassen. Zwei Drittel sind damit überfordert, heißt es in einer Jugend-Studie. 87 Prozent vermissen ein entsprechendes Schulfach. Drei Viertel wünschen sich einen »offiziellen Social-Media-Account« für verlässlichen Rat zur Altersvorsorge.

»Vielen ist nicht bewusst, dass ihre gesetzliche Rente nicht reichen wird«, beobachtet Misimi auf Instagram. Die verbreitete Haltung bleibe: »Wird schon klappen – bei Oma funktioniert es ja auch.«

Das Prinzip Hoffnung verbindet alle Generationen.

Benjamin Bidder